

HAUSHALT 2025

Zweite Lesung

Donnerstag, 07. November 2024

ANTRÄGE

Verwaltungs- und Finanzausschuss

Antrag: Wohnraum für Mitarbeitende der Landkreisverwaltung

Die Verwaltung wird beauftragt dem Kreistag im Laufe des Jahres 2025 ein Konzept zur Bereitstellung von Wohnraum für Mitarbeitende vorzulegen.

Begründung:

Um im Wettbewerb der Arbeitgeber in der Region Stuttgart als Landkreisverwaltung Esslingen auch in Zukunft bestehen zu können, sind vielfältige Maßnahmen notwendig. Von einer attraktiven Vergütung über die Arbeitsplatzausstattung bis hin zu zusätzlichen Benefits, wie ein Jobticket für den ÖPNV. Vieles davon hat die Verwaltung mit Unterstützung des Kreistags bereits umgesetzt. Ein Baustein, der das Portfolio eines attraktiven Arbeitgebers abrunden würde, ist Wohnraum für Beschäftigte anzubieten. Darum soll die Verwaltung beauftragt werden, unter Einbeziehung des Personalrats, den Bedarf an Wohnraum (Umfang, Größe, Zuschnitt) für Beschäftigte zu ermitteln und Möglichkeiten zu sondieren, diesen an den Standorten des Landratsamtes zu realisieren. Dem Kreistag soll darüber im Laufe des Jahres 2025 berichtet werden.

Antrag: Verfahren beschleunigen, Entbürokratisierung vorantreiben

Die SPD-Kreistagsfraktion bittet die Landkreisverwaltung um einen Bericht, an welchen Stellen sie das geplante kommunale Regelungsentlastungsgesetz aktiv nutzen möchte, um zu einer Verfahrensbeschleunigung und einem Bürokratieabbau im Landkreis Esslingen beizutragen.

Begründung:

Zur Entlastung der kommunalen Ebene beabsichtigt die Landesregierung den kommunalen Ebenen das Recht einzuräumen, befristet – wohl auf vier Jahre – von einzelnen Vorschriften abzuweichen, um damit eine mögliche Entbürokratisierungswirkung zu erproben.¹

Als SPD-Kreistagsfraktion begrüßen wir diesen Ansatz und bitten die Kreisverwaltung sich bereits auf den noch zu beschließenden Paragraphen frühzeitig vorzubereiten.

Da noch keine weiteren Informationen über die Ankündigung hinaus bekannt ist, bittet die SPD-Kreistagsfraktion auch um eine Information zu einer möglichen Anwendung für Regelungen für den Landkreis.

Als Fraktion erwarten wir von der Landesregierung erprobte und bewährte Befreiungen dann verallgemeinerbar für alle Kommunen zu regeln und so zu einer echten Bürokratieentlastung beizutragen.

¹ Sog. Kommunale Regelungsbefreiungsgesetz. Quelle u.a.
<https://www.diegemeinde.de/buerokratieabbau-von-unten-nach-oben-neues-gesetz-soll-kommunen-entlasten>.

Interfraktioneller Antrag der Fraktion Die Linke und SPD im Kreistag Esslingen

Lokale Demokratie stärken: Kreispolitik für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar machen!

Die Fraktionen Die Linke und SPD beantragen,

die Verwaltung erstellt einen Bericht, wie die Kreispolitik und insbesondere die Kreistagssitzungen für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis sichtbar gemacht werden kann.

Dabei soll insbesondere der Fokus auf Formate digitaler Übertragung / Aufzeichnung eingegangen und dargestellt werden, welche technischen Möglichkeiten dafür schon vorhanden sind oder ggf. angeschafft werden müssen.

Anfallende Mittel sind von der Verwaltung zu beziffern und im Haushalt 2025 zu berücksichtigen.

Begründung:

In der Bevölkerung nehmen das Bewusstsein und Interesse an Kommunalpolitik insgesamt und den kommunalen Gremien im Speziellen seit Jahren kontinuierlich ab. Doch gerade auf kommunaler Ebene werden tagtäglich Entscheidungen getroffen, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar beeinflussen. Um die Bevölkerung wieder für die Themen, Diskussionen und Prozesse der Kommunalpolitik zu begeistern, benötigt es eine Strategie der Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarmachung von Kreispolitik – vor allem in Bezug auf digitale Medien.

Die Bertelsmann Stiftung kam in einer repräsentativen Befragung zu dem Ergebnis, dass eine Mehrheit der Befragten (55,3%) sich nicht ausreichend an Entscheidungsfindungen vor Ort beteiligt fühlen. Dieses Ergebnis ist ein Warnsignal für Politik und Verwaltung: Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Beteiligung und Transparenz. Der dadurch entstehende Aufwand lohnt sich, denn mehr Beteiligung erhöht das Vertrauen in die Verwaltung sowie Parteien und stärkt damit die lokale Demokratie insgesamt. Mit einer Zustimmungsquote von 78,4% werden öffentliche Ratssitzungen als das geeignetste Instrument der Bürgerbeteiligung bewertet (vgl. Bertelsmann Stiftung 2019). Hier gilt es die Möglichkeiten niederschwelliger Beteiligung und Sichtbarmachung durch digitale Medien zu nutzen. Welche Formate dafür geeignet sind, soll die Verwaltung in dem Bericht darstellen.

Ausschuss für Technik und Umwelt

Antrag: Einführung eines einheitlichen Mehrwegbecher „Togo“ im Landkreis Esslingen

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt die Erstellung einer Konzeption zur Einführung eines einheitlichen Mehrwegbecher für Heißgetränke „Togo“ unter Beteiligung der relevanten Akteure wie der Gastronomie und des Handels mit dem Ziel, im Landkreis Esslingen ein solches einheitliches Mehrwegsystem einzuführen.

Begründung:

Ein Mehrwegsystem für zum Beispiel „Togo“-Heißgetränke wird von den Menschen dann angenommen, wenn es praktikabel ist und der heutigen Lebenswirklichkeit entspricht. In einer vernetzten Welt sind Einzellösungen deshalb nur bedingt zielführend. Vielmehr muss es möglich sein, beispielsweise in Kirchheim morgens mit einem Mehrwegbecher in die (S-)Bahn einzusteigen und diesen dann an der Arbeitsstelle in Esslingen oder Nürtingen abgeben oder mit einem „Refill“ versehen zu können.

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt deshalb die Erstellung einer Konzeption zur Einführung eines Mehrwegsystems für „Togo“-Heißgetränkebecher unter Beteiligung der relevanten Akteure wie Gastronomie und Handel. Ziel muss es sein, im Landkreis Esslingen ein solches einheitliches Mehrwegsystem einzuführen, das auch der Nukleus für den Einsatz in der gesamten Region Stuttgart sein könnte.

Perspektivisch könnte bei Umsetzung der Konzeption der Landkreis eine koordinierende oder anschubunterstützende Funktion einnehmen.

Antrag: Klimaschutz im Landkreis stärken – klimaneutrale Verwaltung bis 2035!

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Als SPD-Kreistagsfraktion sehen wir in diesem Wandel eine Chance: Als wirtschaftsstarker Landkreis können wir Vorbild und Vorreiter für sinnvolle und notwendige Maßnahmen werden. Um dieser Vorbildrolle gerecht zu werden, die der öffentlichen Hand auch nach § 5 des KlimaG BW zukommt, ist eine Gesamtstrategie notwendig, die alle Bereiche und Sektoren vernetzt betrachtet und daraus einen konzeptionell-umsetzungsorientierten Prozess ableitet, der den Weg hin zur Zielerreichung der Klimaneutralität transparent und nachvollziehbar darstellt.

1. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt einen Umsetzungsplan mit konkreten Maßnahmen, um als Landkreisverwaltung bis 2035 klimaneutral² zu werden.
2. Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, die bestehenden Berichterstattungen zum Klimaschutz zusammenzuführen und auf die Zielsetzungen des integrierten Klimaschutzkonzeptes sowie der anvisierten Klimaneutralität bis 2035 auszurichten.
3. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt eine Klimaschutzstrategie für alle Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften – insbesondere die medius KLINKEN gGmbH. Diese beinhaltet eine CO₂-Bilanzierung, Ziel-Vorgaben für Energieeinspar- und CO₂-Minderungspotentiale sowie eine jährliche Ermittlung dieser Werte.
4. Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, im Verlauf des Jahres 2025 die Zuständigkeiten und Gesamtstruktur zur kommunalen Klimaschutzgestaltung vorzustellen.

Begründung

Zu 1) Bis 2040 soll Baden-Württemberg nach dem KlimaG BW klimaneutral werden. Angesichts der notwendigen und ambitionierten Ziele für die Gesellschaft insgesamt ist für eine Vorbildwirkung der öffentlichen Hand eine frühere Zielerreichung erforderlich. Das Land Baden-Württemberg plant in seiner eigenen Verwaltung bis 2030 bereits treibhausgasneutral zu arbeiten. Deswegen hält die SPD-Kreistagsfraktion ein ambitioniertes Streben nach der Treibhausgasneutralität zum Jahr 2035 für angemessen.

Unabhängig von der konkreten Jahreszahl sind zur Erreichung dieser Ziele höchste Anstrengungen notwendig. Darum sind die im Klimaschutzkonzept und darüber hinaus gehenden Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen der Landkreisverwaltung regelmäßig auf ihre Wirkung und ihren Beitrag zu prüfen. Die

² Unter Klimaneutral verstehen wir in diesem Zusammenhang treibhausgasneutral.

hierzu erforderliche Bilanz des Landkreises und die laufenden Reduktionen sollen in der regelmäßigen Berichterstattung aufgenommen werden.

Zu 2) Mit dem European Energy Award-Bericht, dem Energiebericht, der Fortschreibung der Treibhausgasbilanz für das Jahr 2021 liegen verschiedene Berichterstattungsformate zur Dokumentation der Energie- und Klimaschutzanstrengungen vor. Die SPD-Kreistagsfraktion bittet darum, die wesentlichen Erkenntnisse der Berichtsformate zusammenzuführen und eine zielgerichtete regelmäßige Berichterstattung einzuführen.

Diese soll insbesondere vor dem Hintergrund der zu erreichenden Klimaschutzziele – u.a. die klimaneutrale Verwaltung bis 2035 bzw. landesgesetzlich vorgegeben Zielsetzung bis 2040 umfassen.

Zu 3) Als Landkreis sind wir gefordert, uns neben unserer Gesamtverantwortung auch konkret in all unseren Beteiligungen und Tochterfirmen mit einer Klimaschutzstrategie zu befassen, die diesen Namen verdient und die sich an einer realistischen Faktenbasis orientiert. Als SPD-Kreistagsfraktion beantragen wir daher die Erarbeitung einer Konzeption, das in einem definierten Zeithorizont verwirklicht werden kann. Für die Beteiligungen und Tochterfirmen erwarten wir mindestens eine Klimaneutralität bis 2040, der wir uns durch Anerkennung der Ziele des Landes Baden-Württemberg verschrieben haben. Das Bewusstsein allein ist nicht ausreichend, konkrete Richtlinien und Maßnahmen sind unerlässlich. In einer solchen Strategie sehen wir eine wirksame Ergänzung zum alleinigen Monitoring des EEA.

Als SPD-Kreistagsfraktion sind wir überzeugt, dass die dadurch gewählten Klimaschutzmaßnahmen mittel- bis langfristig für sich genommen wirtschaftlich sind. Schon das Photovoltaik-Programm für die medius KLINIKEN, das wir im vergangenen Jahr forderten zeigt dies deutlich.

Als SPD-Fraktion wiederholen wir in diesem Jahr diesen Antragsbaustein, da eine Umsetzung bislang nicht vorgenommen wurde (z.B. durch Beratung im Aufsichtsrat der Kliniken, im Betriebsausschuss des AWB).

Zu 4) Mit dem anvisierten Stellenplan für das Jahr 2025 soll eine Stelle zur Klimaschutzkoordination entfristet werden. Das begrüßen wir sehr. Zugleich halten wir es als SPD-Kreistagsfraktion für notwendig, die bisherigen Aufgaben der Klimaschutzstabstelle mit den teilweise befristeten Stellen mit den in den Städten und Gemeinden angestellten Klimaschutzmanager:innen bzw. -mitarbeitenden sowie der Klimaschutzagentur des Landkreises gemeinsam zu betrachten und eine effektive und effiziente Struktur- und Aufgabenplanung vorzunehmen.

Zu den damit verbundenen Überlegungen und Planungen bittet die SPD-Kreistagsfraktion die Verwaltung im Jahr 2025 um einen Bericht.

Kultur- und Schulausschuss

Antrag: Ausbildung der Zweiradmechatroniker im Landkreis Esslingen verankern!

Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt die Bestrebungen der Landkreisverwaltung eine Ausbildung als Zweiradmechatroniker:in im Landkreis Esslingen anzusiedeln. Sollte die Philipp-Matthäus-Hahn-Schule den Zuschlag für die Ausbildung von Zweiradmechatronikern erhalten, beantragt die SPD-Kreistagsfraktion zu klären, in welchem Umfang gebäudetechnische Maßnahmen an der PMH-Schule in Nürtingen notwendig sind. Ob zusätzliche Mittel bereitgestellt werden müssen, hat die Verwaltung bis zur Entscheidung zu klären.

Begründung:

Die Situation um die Ausbildung der Zweiradmechatroniker ist in die entscheidende Phase gelangt. Am 07.11.2024 wird vermutlich eine Entscheidung der Landesregierung getroffen. Die Verwaltung möge zuvor die Frage an die Landesregierung richten, weshalb das Land diese Ausbildung nicht an allen drei Standorten in BW stattfinden lassen will.

Der Bedarf ist zumindest im Landkreis Esslingen gegeben. In Nürtingen haben sich bereits 51 Interessenten aus dem Kreis ES erkundigt. Die SPD-Fraktion sieht hier die Chance für die Ausbildung qualifizierter Facharbeiter in einer Branche, die Zukunft hat.

Antrag: Immobilienentwicklung an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule

1. Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt zu klären, die künftige Nutzung der „alte Turnhalle“ auf dem Gelände der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule zu skizzieren.
2. Für den Sportunterricht an der PMH-Schule ist ein Neubau vorzusehen. Die SPD-Fraktion beantragt abzuklären, inwieweit eine neue Sporthalle gemeinsam mit der Stadt Nürtingen konzipiert werden kann.

Begründung:

Die bestehende Turnhalle auf dem Gelände der Philipp-Matthäus-Hahn Schule ist seit Jahren erheblich sanierungsfällig.

Dazu bittet die SPD-Kreistagsfraktion um Einschätzungen zu einer möglichen künftigen Nutzung und insbesondere um Beantwortung damit verbundener Fragen: Wird von der Verwaltung ein Umbau oder ein Abriss in Erwägung gezogen? Können dort eventuell benötigte Werkstätten untergebracht werden? Kann eine Kollision mit Fördermitteln des Landes und des Bundes eintreten, oder ist das vermeidbar, wenn neue Räumlichkeiten wieder schulischen Aufgaben gewidmet werden? Besteht für 2025 bereits ein Finanzbedarf, um handeln zu können?

Zudem ist für den Sportunterricht eine neue Lösung notwendig, die nach bisherigem Informationsstand auf dem Gelände des bisherigen Shedbaus vorgesehen ist. Die SPD-Kreistagsfraktion hält in diesem Zusammenhang eine Prüfung einer möglichen Kooperation mit der Stadt Nürtingen aus Ressourcengründen für geboten.

Sozialausschuss

Antrag: Frauen helfen Frauen unterstützen!

Die SPD-Kreistagsfraktion unterstützt den Antrag des Vereins Frauen helfen Frauen, Esslingen, auf Zuschusserhöhung für die ambulante Beratung von Frauen bei häuslicher Gewalt durch die Beratungsstelle. Ab dem HH-Jahr 2025 um 10.000 Euro.

Begründung: vgl. Antragsschreiben des Vereins.

Antrag: Bericht zum AKL

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt einen Bericht über die Arbeit des Arbeitskreis Leben in der nächsten Sitzung des SOA durch Vertreterinnen des Arbeitskreis Leben. Insbesondere ist darzustellen, wie sich Anfragen, Beratungen und Begleitungen sowie finanzielle Rahmenbedingungen im vergangenen Jahr entwickelt haben.

Begründung: Bundesweit stieg in 2022 die Zahl der Suizide auf den höchsten Stand seit 10 Jahre. Fast doppelt so viele Menschen starben durch Suizid als durch Verkehrsunfälle, illegale Drogen, Mord, Totschlag und AIDS zusammen. Suizidprävention und Beratung gefährdeter Menschen ist so wichtig wie schon lange nicht mehr. Seit 2013 wurde der Zuschuss nicht mehr erhöht. Personal- und Betriebskosten sind in dieser Zeit dagegen enorm gestiegen. Die Höhe der Zuschusserhöhung ist mit dem Arbeitskreis Leben zu klären, damit die Arbeit und das Angebot ab 2025 ff. gesichert ist.

Antrag: Entwicklungen im Jobcenter und Sprachkursangebote

Die SPD-Fraktion beantragt einen Bericht durch das Jobcenter zum Thema Bürgergeld, insbesondere zur Entwicklung der Zahlen, Vermittlung in Beschäftigungsverhältnisse, Geflüchtete und Bürgergeld im SOA. Gleichzeitig beantragen wir die Situation des Sprachkursangebots im Landkreis darzustellen, weil Sprache der Schlüssel zur gelingenden Integration ist.

Begründung: Mit dem Bürgergeld und der Sozialhilfe wird in Deutschland sichergestellt, dass das Existenzminimum aller in unserem Land lebender Menschen sichergestellt wird. Damit wird schlicht eine Entscheidung des BverfG umgesetzt. Schutz statt Existenzangst ist der Grundgedanke aber auch ein Instrument um Menschen in Beschäftigung zu bringen durch Weiterbildung, Berufsabschlüsse und Qualifizierung. Dieser Fokus scheint in den momentan geführten Debatten verloren zu gehen.

Antrag: Fachkräftemangel im Bereich der Alten- und Jugendhilfe

Die SPD-Fraktion beantragt einen Bericht zum Fachkräftemangel im Bereich der Altenpflege und der frühkindlichen Bildung. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um gegen zu wirken? Ebenso beantragen wir einen Bericht über leerstehende Stellen in der Kreisverwaltung. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um weiterhin leistungsfähiger Dienstleister zu sein?

Begründung: Der Fachkräftemangel in Folge des demographischen Wandels gefährdet nicht nur den Wirtschaftsstandort sondern auch das Gelingen unserer Gesellschaft. Sei dies im Bereich der Pflege oder der frühkindlichen Bildung. Der Landkreis ist gefordert, Maßnahmen zur Fachkräfte- und Personalgewinnung zu ergreifen. Wir sehen den Landkreis in der Verantwortung nicht nur für kreiseigene Einrichtungen sondern darüber hinaus als Initiator und Motor für Einrichtungen im gesamten Landkreis. Es gilt Antwort zu finden auf die Frage einer schnelleren und einfacheren Anerkennung ausländischer Abschlüsse ebenso zur Änderung einer unrealistischen Pflegeausbildung. Diese hat zur Folge, dass in einer Altenhilfeeinrichtung Ausgebildete lieber in andere Bereiche wechseln als in der Altenhilfe zu bleiben. Der Fachkräftemangel hat auch die Landkreisverwaltung erreicht. Ist die Aufgabenerfüllung in einzelnen Bereichen gefährdet.